

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

Jahrg. 217 Nr. 98/150

Bezugspreis:

monatlich 3,40 Goldmark. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und unter Umständen auch Einzelhändler entgegen. — Abdruck Gewähr erbitte mit Debit von Schreiberling. —

Halle - Saale

Anzeigenpreis:

Die 9 Spalten 84 mm breit mit 6 Spalten: 10 Pfennig. Kleinanzeigen 4 Pfennig. 2 Spalten 20 mm breit 10 Pfennig. 3 Spalten 20 mm breit 15 Pfennig. 4 Spalten 20 mm breit 20 Pfennig. 5 Spalten 20 mm breit 25 Pfennig. 6 Spalten 20 mm breit 30 Pfennig. 7 Spalten 20 mm breit 35 Pfennig. 8 Spalten 20 mm breit 40 Pfennig. 9 Spalten 20 mm breit 45 Pfennig. 10 Spalten 20 mm breit 50 Pfennig. 11 Spalten 20 mm breit 55 Pfennig. 12 Spalten 20 mm breit 60 Pfennig. 13 Spalten 20 mm breit 65 Pfennig. 14 Spalten 20 mm breit 70 Pfennig. 15 Spalten 20 mm breit 75 Pfennig. 16 Spalten 20 mm breit 80 Pfennig. 17 Spalten 20 mm breit 85 Pfennig. 18 Spalten 20 mm breit 90 Pfennig. 19 Spalten 20 mm breit 95 Pfennig. 20 Spalten 20 mm breit 1,00 Goldmark. — Verlaufspreis 10 Pfennig. —

Verlagsanstalt Halle-Saale, Leipziger Straße 11/12, Fernruf Centrala 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5192. — Postfachkonto Berlin 97 512.

Freitag, 27. Juni 1924

Verlagsanstalt Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Kurfürst 47, 8290. Elzener Berliner Schriftleitung. — Verlaufspreis 10 Pfennig. Halle-Saale

Vor schwereren Entscheidungen

Die neuesten Mißerfolge der Erfüllungspolitik

Regierungskrise?

Berlin, 26. Juni.

Es ist kein gutes Zeichen, wenn Herrit eine Regelung der Finanzangelegenheiten von Regierung zu Regierung ablehnt. Man ist in den politischen Kreisen Berlins über diese scharfe Haltung außerordentlich beunruhigt. Die Deutschnationale Partei, die morgen eine außerordentlich wichtige Besprechung mit dem Senator und dem Außenminister hat, trat heute nachmittags zu einer Beratungs-Sitzung zusammen, in der Professor Goethig einen Überblick über die außenpolitische Lage gab. Man ist sich in dieser Besprechung über die Möglichkeiten einig geworden, die die Vertreter der Fraktion in ihrer Unterredung morgen einhalten. Von deutschnationaler Seite nehmen an der Verhandlung teil: Exzellenz Herrg, Groß-Admiral Tirpitz, Graf Westarp und Professor Goethig. Sie werden im Zusammenhang mit dem ganzen Komplex der schwerwiegenden Fragen noch einmal mit allem Nachdruck auf die Ehrenpunkte hinwirken, die unbedingt erfüllt werden müssen. Außerdem werden sie betonen, daß die deutschnationale Fraktion unter keinen Umständen an irgendeinem der Gesetze, die die Ausführung des Sachverständigenratens verlangen, mitarbeiten werden, wenn nicht die große politische Sicherung gegeben wird.

Man darf erwarten, daß angesichts der Unerschütterlichkeit Herrits ihre Behaupten besonders schwer ins Gewicht fallen. In diesem diplomatischen Kreise spricht man anerkennend davon, daß vielleicht schon morgen die Gesamtheit der französischen Regierung zur Rückgabe von 2000 bis 30000 Ausgewiesenen in ihre Heimat ausgesprochen wird. Alle diese Zusicherungen müssen, wenn sie dem heutigen Ehrenhandpunkt gerecht werden sollen, ganz generell aufgesetzt werden in Wiederanerkennung der an und durch den Sachverständigenrat erlassenen Entscheidungen in eine feste Stütze umzuwandeln, die darauf abzielt, die Regierung

nicht allein die wichtigsten Entscheidungen der nächsten Zeit treffen zu lassen. Die Nationalsozialisten haben den Antrag eingebracht, auch in der nächsten Woche zu tagen, und die Deutschnationalen werden im klaren Verlaufe ihrer Linie dieser Antrag unterliegen. In den Verhandlungen des Reichstages spricht man schon von der Möglichkeit einer Regierungskrise, die durch die großen und unerwartet gemachten Zusicherungen auch den neuen Kurs in Frankreich heraufbeschwören wird.

Die Finanzierung der Micumlasten

Berlin, 26. Juni.

Von unerwarteter Seite wird mitgeteilt, daß der Schwerpunkt der neuerlichen Verhandlungen in der Frage der Finanzierung der Micumlasten liegt. Die Noten für die zu liefernden Noten belaufen sich auf monatlich 60 Millionen Goldmark. Dazu kommen noch rückständige Rohstoffe im Betrage von 16 Millionen Dollar. Da die Kosten diese Rohstoffe umlagern können und auch nicht die notwendigen Kredite aufbringen, sind die meisten schon jetzt zu Stilllegungen gezwungen. Den ursprünglichen Plan, von der Rentenbank zu diesem Zwecke 300 Millionen Goldmark zur Verfügung zu erhalten, mußte man fallen lassen. Augenblicklich wird mit der Reichsbank in der Richtung verhandelt, daß diese 300 Millionen zu einem ermäßigten Diskontsatz zur Verfügung stellen soll.

Die Folgen der Micum-Verträge

Berlin, 26. Juni.

Die heute in Berlin abgehaltene Versammlung der Gewerkschaften der Halle hat mit überwiegender Stimmenmehrheit den Vorstoß des Ausschusses ermächtigt, den Betrieb der Bergwerke stillzulegen, sofern nach seinem Ermessen eine Rentabilität des Bergwerks nicht mehr zu erreichen ist.

Herriots Senatserklärungen

Die Erklärungen Herriots in Senat und Kammer

Paris, 26. Juni.

(Eigener Drahtbericht.)

Herriot hat heute im Senat und in der Kammer über seine Besprechungen in London und Brüssel die mit Spannung erwartete Erklärung abgegeben. Herriot äußerte sich, wie nicht anders zu erwarten war, sehr zurückhaltend. Im Senat ergreift er das Wort zur Beantwortung einer Anfrage des Senatspräsidenten für auswärtige Angelegenheiten. Er fasst die Reise nach London habe er wegen der Auslieferung des Sachverständigenratens unternommen, dessen Annahme durch die französische Regierung er erneut bekräftigt habe. Was die militärische Diskussion der Ruhr anbelangt, so sei in seinem Augenblick die Rede davon gewesen, daß die französische Regierung sich jeder Entfaltung der Freiheit beuge. Macdonald wiederholte die Versicherung, daß wenn Deutschland sich dem Sachverständigenrat angebotenen Verpflichtungen entgegen würde, Großbritannien an die Seite der Verbündeten trete. Herriot fuhr fort: „Mehrerer Ansprache mußte sich selbstverständlich auch auf die Rentabilität beziehen, die Sicherung Frankreichs wahrzunehmen. Es könnte in keine Verminderung der Garantien einwilligen, die die Verträge ausstellen. Was die der franco-deutschen Regie unterstellten Gebiete anbelangt, so werden die Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit geprüft werden. Deutschland muß damit Europa wieder aufnehmen, und es wird nicht genügen. Ich habe mich überzeugen können, daß sich die Auffassung Macdonalds in dieser Beziehung mit der meinigen nicht deckt. Herriot und Symans, die von unseren Besprechungen ausführlich unterrichtet wurden, haben erklärt, daß sie mit uns völlig übereinstimmen. In seinem Augenblick hat er über einen Punkt auch nur die geringsten Schwierigkeiten gegeben. Der Augenblick wäre für die deutsche Regierung günstig. Ich erwarte, daß die neuen Verhandlungen abgeklärt werden. Ihr Interesse bezieht darin, so schnell wie möglich die zur Durchführung des Sachverständigenratens notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.“

Scharfe Angriffe auf Macdonald

London, 26. Juni.

Macdonald wird auch heute wegen seiner Behandlung der englischen Presse anlässlich der Besprechung in Coquetz in der Daily Herald, hätte gar keine schlechtere Maßnahmen

zwecks Unterbrechung der öffentlichen Letzt ergreifen können. Denn wenn sich etwas für die geheime Politik und sehr viel für die offene Diplomatie zeigen sollte, so lasse sich für die Welt das aber bald offen zeigen. Er hat sich nicht nur in England im Still überlassen. Es sei einfach töricht, wie man vorgegangen sei. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, die ersten Früchte der Geheimpolitik Macdonalds seien jetzt sichtbar, und zwar in Form einer höchst bedauerlichen Serie von Mißerfolgen. Man könne nur hoffen, daß diese Mißerfolge in so angelegter Weise beiseite die ganze Welt, fähig der Korrespondent fort, und vor allem die französischen Zeitblätter, hätten plötzlich von einem englisch-französischen Defensivpakt gesprochen, der für den Fall des deutschen Angriffs in Kraft treten solle. In Wirklichkeit aber habe, wie man es gestern erst wieder berichtet habe, Macdonald dem französischen Premierminister lediglich ausgeteilt, daß Deutschland im Falle neuer Befehlungen die Alliierten gewinnen kann zu finden werde. Von einem Angriff Deutschlands sei nicht die Rede gewesen. Man könne sicher sein, daß kein englischer Premierminister, welcher Partei er auch angehören möge, England militärisch verpflichten könne, ohne vorher das Parlament zu befragen. Kaum weniger erfreulich als der Unterschied zwischen den englischen und französischen Erklärungen sei ein Ereignis, das sich anlässlich des Briefes der beiden Premierminister an den deutschen Reichskanzlergetragen hat. Auch hier hat Macdonald gegen die Veröffentlichung gewarnt. Montag nach aber habe die französische Presse bereits den Geist dieses Dokuments gefasst, dessen Wortlaut darauf am Mittwoch in Berlin veröffentlicht wurde.

Schadenersatzansprüche Amerikas an Deutschland

Washington, 26. Juni.

„United Press“ meldet, Deutschland habe der gemischten Schadenersatzkommission Vorschläge zur Regelung von ungefähr 1500 amerikanischen Schadenersatzansprüchen, die im Zusammenhang mit dem Interkontinental eingeleitet waren, unterbreitet. Diese Vorschläge werden vorläufiglich angenommen. Die Schadenersatzansprüche belaufen sich auf insgesamt 80 Mill. Dollar. Nach dem geplanten Abkommen, das 80 Prozent der Ansprüche der Versicherungsgeellschaften umfaßt, wird Deutschland ungefähr 80 Millionen Dollar zu zahlen haben nach Abzug von 17 Prozent, welche die aus Minen- und Schiffszusammenstößen resultierenden Schadenersatzansprüche ausmachen. Deutschland wird bekanntlich für Schäden, die diesen Ursachen zugrunde liegen, nicht für verantwortlich gehalten.

Die Verträge mit Litauen vor dem Auswärtigen Ausschuss

Berlin, 26. Juni.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages befaßt sich heute mit je einem Vertrag mit Litauen und Estland über Regelung verfallender Forderungen, die mit dem Vertrag zusammenhängen, dem Handelsvertrag mit Litauen und dem vorläufigen Wirtschaftsvertrag mit Estland. Zunächst erörterte vortagender Legationsrat Hauschild (Auswärtiges Amt) Bericht über die allgemeinen Fragen litauischer und wirtschaftlicher Natur, die den Vertragsverhandlungen mit Litauen und Estland zugrunde liegen. In der sich anschließenden Diskussion nahmen die Abgeordneten Freytag-Boringhosen (Deutschnat.), Dr. Bredt (Wirtschaftl. Vereinigung), Dr. Goethig (Deutschnat.), Dr. Holzberg (Komm.), Graf Reventlow (Nat.-Soz.) und u. a. (Nat.-Soz.) des Wort. In der Erwiderung verfallender Forderungen, die sich aus der Debatte ergaben, äußerte sich dann Legationsrat Dr. Cull (Auswärtiges Amt). Der Ausschuss nahm mit Mehrheit die diesbezüglichen Beschlüsse an und beauftragte mit der Berücksichtigung über die Ausführung vor dem Plenum der Herrg. Goethig (Deutschnat.).

Preußenkrise?

Berlin, 26. Juni.

Zu der heutigen Meldung des „Kor“ über eine zunehmende Unzufriedenheit in der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit der großen Koalition erfahren wir, daß in der heutigen Fraktionssitzung die Unzufriedenheit über die Frage, ob die große Koalition auf sei oder nicht, erneut zur Sprache gekommen. Dabei ergab sich, wie sich lange herausgestellt, daß für einen großen Teil der volksparteilichen Abgeordneten die große Koalition lediglich eine aus der Not geborene Notwendigkeit ist. Gegenwärtig die Beschlüsse der großen Koalition werden, sind nicht gefaßt worden.

Völkerbundinterpellation

Berlin, 26. Juni.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute folgende Interpellation eingebracht: Ist die Regierung bereit, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund nach vor dem 1. September 1924 zu stellen?

Am Sonnabend Auszahlung der Zulassungsgelder — für Reichsbeamte

Berlin, 26. Juni.

Nach Anordnung des Reichsfinanzministers werden die am 1. Juli fälligen Gehälter der Reichsbeamten am 28. Juni zur Auszahlung kommen.

Zehn Jahre Zuchthaus wegen Landesverrats

Stuttgart, 26. Juni.

Von dem Oberlandesgericht Stuttgart wurde der Schneidermeister Reich anlässlich des 10. Jahrestages des Landesverrats wegen Landesverrats verurteilt. Die Geldstrafe gilt als verbüßt durch die Unterzuchthaushaft.

Die bayerische Regierungskrise geht weiter

München, 26. Juni.

Entgegen aller Erwartung hat sich die unzulässige Beendigung der bayerischen Regierungskrise plötzlich als nicht auszuführen erweisen, sobald mit der für morgen angesetzten Wahl des Ministerpräsidenten nicht mehr geteilt werden kann. Wie gemeldet, hatte der bayerische Kurier heute früh ein Kommando gegen den deutschen Minister Dr. Götner unternommen, und dessen Aufnahme in das neue Kabinett mißbilligt. Nun bringt die deutsch-französische Korrespondenz eine Auslassung, welche erklärt, daß die ganze Arbeit durch diesen „unerhörten Verstoß“ aus der Fülle der Schwierigkeiten, die er die Sicherung hinsichtlich der künftigen Staatsführung in Bayern verursacht, die durch mittelbare Vereinbarungen erreicht wird. Solange diese unzulässigen Quertreibungen aus dem Lager der bayerischen Volkspartei, die gegen das Kabinett ihrer eigenen Partei gehen, nicht beseitigt seien, sei die deutsch-französische Allianz nicht in der Lage, sich an der geplanten Koalition zu beteiligen, die ohnehin auf vollkommenst äußerster Schwäche beruht. Von einer Ministerpräsidentenwahl könne unter solchen Verhältnissen morgen keine Rede sein.

Eine Stiftung für Wahrung der Rassen- und Klassengegensätze

Wien, 26. Juni.

Der Herausgeber des „Neuen Wiener Journal“, Hippowitsch, hat dem Journalisten- und Schriftstellerverein Concordia den Betrag von 10 Millionen in der Bestimmung übergeben, aus den Zinsen dieser Summe einen jährlichen Preis von 10 Millionen Kronen für einen Wettbewerb auszusprechen, der die besten Beiträge zur Wahrung der Rassen- und Klassengegensätze macht. Dieser Preis ist in Wirklichkeit eine Prämie auf die Rassenvermischung.

